

Univ. Bibliothek
1936. P. 801

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 1 Halle (Saale), 10. Januar 1931 12. Jahrgang

Aus der Staatspartei

Bezirk Halle-Merseburg

Halle: Der Beamtenausschuß hielt am Dienstag, dem 6. Januar, eine gut besuchte Sitzung ab, die der Vorsitzende Steueroberinspektor Lehmann leitete. Nach einem, vom Geschäftsführer erstatteten kurzen politischen Ueberblick über das vergangene Jahr und die nächsten Aufgaben für die kommende Zeit, fand eine eingehende Aussprache über Anregungen des Reichsbeamtenausschusses in Berlin statt. Zu den demnächst geplanten Veranstaltungen des Reichsbeamtenausschusses wurden 2 Vertreter gewählt. — Auch kommunale Angelegenheiten wurden in eingehender Aussprache erörtert. Beschlossen wurde, in jedem Monat mindestens eine Versammlung abzuhalten.

Montag, 26. Jan., Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes des Bezirksverbandes. Freitag, 30. Jan., Jahreshauptversammlung. Vortrag des Fraktionsvorsitzenden Dr. Aug. Weber. Einladungen erfolgen demnächst.

Yf 2723

Diemitz (Saalkreis). Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei. Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr in der „Eiche“ öffentlicher Aufklärungs- und Aussprache-Abend. Redner: Landrat Dr. Wandersleb-Querfurt. Thema: „Selbstmord oder Arbeitswille im Krisenjahr 1931“. Die Parteifreunde aus Halle werden ebenfalls um rege Beteiligung gebeten.

Eisleben. Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei. Freitag, den 9. Januar, große öffentliche Kundgebung mit Staatsminister Dr. Schreiber. Weitere Veranstaltungen sind geplant in Gerstedt, Oberröblingen, Aisleben.

Halle. In einer vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold einberufenen öffentlichen Versammlung sprach der Landtagsabgeordnete Major a. D. Hauff über „Die Retter von 1918 und 1931“. Redner ging mit der nationalsozialistischen Hetzarbeit und der politischen Unehrllichkeit scharf ins Gericht. Trotz mehrfacher Aufforderung meldete sich kein Nationalsozialist zur Aussprache.

Halle Tagungsort des Republikanischen Richterbundes

Republikanische Justiz — ein Gebot der Stunde!

Mehr denn je müssen heute die Juristen dem Volksstaat in Treue beistehen. Das haben der rührige „Republikanische Juristenbund für Mitteldeutschland“ und die bewährte Landesgruppe Sachsen-Bayern des „Republikanischen Richterbundes“ klar erkannt. Auf ihrer diesjährigen gemeinsamen Haupttagung in Halle (Saale), Magdeburger Str. 65 (Hohenzollernhof) am 31. Januar und 1. Februar werden sie in öffentlichen Vorträgen folgende zeitgemäße Fragen behandeln: „Volksgesundheit und Justiz“, „Die republikanische Front“, „Republik und Justiz.“ Die Tagung verspricht höchst anregend zu werden und läßt zahlreichen Besuch erwarten. Eintritt frei. — Anfragen und nähere Auskünfte: Landgerichtsrat Lichtenstein in Limburg (Lahn), Parkstr. 9.

Dafür verleiht der Stahlhelm Mussolini das Ehrenabzeichen

Nach den letzten Meldungen aus Südtirol ist in den vergangenen Wochen wieder ein schärferer Italienisierungskurs zu spüren gewesen. Volksbewußte deutsche Südtiroler stehen unter ständiger Ueberwachung und hatten auch Haussuchungen zu erdulden. Auch auf die Geistlichkeit wird ein Druck in der Richtung ausgeübt, den Religionsunterricht wieder aus dem Pfarrhause in die Schule zu verlegen. Die Ernennung des politischen Sekretärs Rizzini, eines radikalen Deutschenfeindes wird als Stimmungszeichen gedeutet. Rizzini hat in seiner Antrittsrede verlangt, man müsse „handeln und keine Zeit mehr verlieren, um das Erreichte zu konsolidieren und die faschistische Aktion in die Tiefe wirken zu lassen“. Rizzini betonte ebenfalls, daß er keinen Befehl erhalten habe, die Arbeit seiner Vorgänger abzuschwächen. Die Unterdrückung deutscher Sprache und Kultur auf allen Lebensgebieten, im besonderen die Verhinderung deutschen Privatunterrichtes, selbst an eine Zahl von drei Kindern, wird unumschränkt aufrecht erhalten. Demgegenüber sind die Ausführungen des bekannten Innsbrucker Universitätsprofessors Dr. Stolz bemerkenswert, der kürzlich in einer Rede betonte, „wenn wir auch nur in Gedanken Südtirol preisgeben, dann haben wir die letzte Waffe dafür ausgespielt.“

Ministergehälter einst und jetzt

In weiten Volkskreisen besteht noch viel Unkenntnis über die Gehälter, die die Republik an ihre obersten Beamten zahlt. Mitunter hört man wahrhaft phantastische Zahlen nennen und häufig werden Vergleiche dahin gezogen, daß die Minister im Kaiserreich dem Staat bedeutend billiger gekommen wären, als das in der Republik der Fall sei. Um diese Unkenntnis der Sachlage etwas aus der Welt zu schaffen, seien im Zusammenhang mit dem Beschluß der Reichsregierung, die Ministergehälter

ab 1. November um 20 v. Hundert zu kürzen, nachstehend die richtigen Zahlen genannt:

Im Kaiserreich erhielt der Reichskanzler volle 100000 Mark jährlich, die sich aus 36000 Mark Gehalt und 64000 Mark Repräsentationszulagen zusammensetzen. Dazu kam freie Dienstwohnung, die es heute nicht mehr gibt. Heute bezieht der Reichskanzler Brüning im ganzen bloß 66870 Mark. Sie ergeben sich aus 45000 Mark Grundgehalt und 2520 Mark Wohnungsgeldzuschuß und 1350 Mark örtlichem Sonderzuschlag und 1800 Mark Dienstaufwandsentschädigung. Die Staatssekretäre des Reichsamts des Innern und des Auswärtigen Amtes erhielten früher 36000 Mark Gehalt und 14000 Mark Repräsentationskosten = 50000 Mark, dazu freie Dienstwohnung. Bei den übrigen Staatssekretären (Minister) betrug das Gehalt je 30000 Mark; die übrigen Bezüge waren aber die gleichen.

Heute erhalten die Reichsminister: Grundgehalt 36000 Mark; dazu Wohnungsgeldzuschuß: 2520 Mark, örtlichen Sonderzuschlag 1080 Mark und 4800 Mark Dienstaufwandsentschädigung. Zusammen also 44400 Mark.

Der preußische Ministerpräsident erhielt früher 36000 Mark Gehalt. Dazu erhielt er noch 18000 Mark Repräsentationskosten. Außerdem hatte er freie Dienstwohnung. Heute erhält er: 40000 Mark Grundgehalt und 2520 Mark Wohnungsgeldzuschuß und 1200 Mark örtlichen Sonderzuschlag und 12000 Mark Dienstaufwandsentschädigung. Die übrigen preußischen Minister hatten früher 50000 Mark Bezüge, 36000 Mark Gehalt und 14000 Mark.

Wenn man von den, den höchsten Beamten der Republik gezahlten Gehältern noch die Geldentwertung abrechnet, so muß zugegeben werden, daß die heutigen Bezüge gegen früher um ein ganz Bedeutendes zurückstehen.

Vorstoß gegen Preußen

In der ersten Jahreshälfte ist jedenfalls ein starker Vorstoß gegen Preußen zu erwarten. Dem Radikalismus rechts und links ist Preußen als Hort einer zielbewußten Regierungsgewalt ein Dorn im Auge. Man wird daher mit allen Kräften auf eine Auflösung des preußischen Landtags hinarbeiten. Ziffernmäßig liegt es hier so, daß Preußen an stimmberechtigten Wählern etwa 26 $\frac{1}{2}$ Millionen besitzt und demnach für den Erfolg des Volksbegehrens etwa 5 $\frac{1}{2}$ Million Unterschriften nötig wären. Wenn nach dem Volksbegehren ein Volksentscheid zur Auflösung des Landtags Erfolg haben soll, müßten die antragstellenden Parteien allerdings mehr als 13 Millionen Stimmen aufbringen. Dabei wird es Aufgabe der Regierungsparteien und insbesondere der Deutschen Staatspartei sein, darzutun, was die preußische Regierung in ihrem 10jährigen unentwegten Festhalten an Ruhe und Ordnung nicht allein für Preußen, sondern auch für das Reich geleistet hat. Dabei sind sicherlich nicht zuletzt die preußischen Minister Höpker-Aschoff und Schreiber zu nennen, die innerhalb ihrer,

wenn auch zahlenmäßig schwachen Fraktion an hervorragender Stelle mitarbeiteten und im Kampf um die Erhaltung des Staatsgedankens Hervorragendes leisteten. Leicht wird es den Gegnern nicht werden, dieses Staatsbollwerk zu erschüttern. Der Kampf darum steht uns aber bevor.

Kriegsbeschädigte — hängt euch auf! Ein Rat der Nationalsozialisten

Der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann hat kürzlich ein Büchlein veröffentlicht, das den Titel führt »Die Moral der Kraft« und von allen Kranken und Krüppeln, auch denjenigen, die sich ihr Leiden im Felde zugezogen haben, nichts mehr und nichts weniger fordert, als daß sie sich freiwillig in ein besseres Jenseits befördern. Wörtlich schreibt Ernst Mann:

»Selbstmord ist die einzige Heldentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt. Auch derjenige, welcher sich infolge seiner Tapferkeit im Kampfe für das Allgemeinwohl eine schwere Verletzung oder Krankheit zugezogen hat, auch dieser hat kein Recht seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranker zur Last zu leben. War er tapfer genug, seine Gesundheit und sein Leben im Kampfe aufs Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den wertlosen Rest seines Lebens selbst zu enden.«

Eine höchst merkwürdige Urteilsbegründung Parteipolitische Anschauung als Kriterium

Die Frankf. Ztg. berichtet: Der Stahlhelmführer Düsterberg ist kürzlich von einer Halleschen Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bühnemann wegen schwerer Beleidigung preußischer Minister zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden, obwohl das Reichsgericht die Sache an die Kammer zurückverwiesen hatte, mit der ausdrücklichen Rüge, daß ein solches Strafmaß zu niedrig sei; jetzt liegt die Begründung des Urteils vor. Der Landgerichtsdirektor Bühnemann führt darin u. a. aus: „Der Angeklagte ist zweiter Bundesführer des Stahlhelms, er war mit diesem schwer angegriffen und kämpfte um ein berechtigtes Ziel. Seine Rede wurde aus Anlaß des Volksbegehrens gehalten, das damals von der Regierung stark angegriffen wurde. Daß diejenigen, die das Volksbegehren in Szene setzten, nicht aus egoistischen, sondern aus vaterländischen Interessen handelten, darüber kann kein Zweifel bestehen. Rückschauend muß man ferner sagen, daß der Kampf gegen den Young-Plan durchaus berechtigt war.“

Das parteipolitische Bekenntnis, daß der Landgerichtsdirektor Bühnemann hier in der Urteilsbegründung ablegt, erklärt den Spruch der Strafkammer zur Genüge. Man muß erwarten, daß der preußische Justizminister einem Richter, dem seine parteipolitische Meinung als Kriterium bei der Urteilsfindung dient, das nötige eröffnet.

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

*Univ.-Bibliothek
1936. P. 801*

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 1 Halle (Saale), 10. Januar 1931 12. Jahrgang

Aus der Staatspartei

Bezirk Halle-Merseburg

Halle: Der Beamtenausschuß hielt am Dienstag, dem 6. Januar, eine gut besuchte Sitzung ab, die der Vorsitzende Steuer-
oberinspektor Lehmann leitete. Nach einem, vom Geschäfts-
führer erstatteten kurzen politischen Ueberblick über das ver-

ir die kommende
Anregungen des
den demnächst
usschusses wurden

Angelegenheiten
Beschlossen wurde,
g abzuhalten.

renden Vorstandes
hauptversammlung.
eber. Einladungen

62723
Deutschen Staats-
r in der „Eiche“
Abend. Redner:
„Selbstmord oder
freunde aus Halle
n.

atspartei. Freitag,
mit Staatsminister
geplant in Gerb-

arz-Rot-Gold ein-
der Landtagsabge-
on 1918 und 1931“.
etzarbeit und der
Trotz mehrfacher
st zur Aussprache.

